Illustration: J. Wesselmann

WIR BRAUCHEN EUROPA – MEHR DENN JE

Die Welt ist im Wandel: Klima, Technologie, geopolitische Allianzen ändern sich rasant und damit auch die Art, wie wir leben. Die weltweite Corona-Pandemie hat gezeigt, wie verletzlich wir alle sind und wie wichtig gemeinsames Handeln ist. Europa ist unsere Chance, in dieser Welt den Wandel gemeinsam zu gestalten und die Möglichkeiten zu nutzen, die daraus entstehen. Europa kann die demokratische Antwort auf die Globalisierung sein, wenn wir den weltweiten Austausch von Ideen, Waren, Wissen und Wohlstand so regeln, dass er allen Menschen nützt und wir unsere Umwelt lebenswert erhalten. Die EU als Ganzes wird unsere Werte, unsere Freiheit und den Frieden besser bewahren können als einzelne Staaten im Alleingang. Weil die EU für uns so wertvoll und unverzichtbar ist, wollen wir Grüne im Bundestag Impulse geben, sie weiterzuentwickeln. Es gilt, die strategische Souveränität und Innovationskraft der EU zu stärken. Dafür brauchen wir – gerade in Deutschland – Mut zur Veränderung.

Foto: Picture Alliance

- Die Europäische Union kann den Wandel nur gestalten, ihre Werte und ihre Bürger*innen nur schützen, wenn sie handlungsfähig ist. Damit die EU global vom Spielball zur Spielmacherin werden kann, müssen die Mitgliedstaaten ihr den nötigen Spielraum schaffen.

- Gemeinsam kann die EU Vorreiterin für umwelt- und klimafreundliches Wirtschaften sein. So kann sie Standards setzen und ein Modell für demokratische, soziale und ökologische Politik im globalisierten Zeitalter werden. Dafür müssen wir in der EU bei künstlicher Intelligenz und Digitalisierung in die Poleposition kommen, den Euro stärken und zur internationalen Leitwährung ausbauen, aber auch in der Außen- und Sicherheitspolitik geschlossener auftreten.

- Für eine handlungsfähige EU unterstützen wir die Vorschläge für den Übergang vom Einstimmigkeitsprinzip hin zur qualifizierten Mehrheit: in der Steuerpolitik, der Außen- und Sicherheitspolitik und der Arbeits- und Sozialpolitik.

- In einzelnen Fällen kann es notwendig sein, dass eine Gruppe von Mitgliedstaaten beispielhaft vorangeht. Dies muss jedoch im Rahmen der EU-Verträge und unter Beteiligung von EU-Parlament und EU-Kommission geschehen.

Illustration: J. Wesselmann

CORONA-KRISE BEKÄMPFEN

Die Corona-Krise ist die größte Herausforderung Europas in der Nachkriegszeit, eine bislang nie da gewesene Notlage. Keine Regierung kann diese Krise alleine meistern. Das Virus kennt keine Staatsangehörigkeit und keine Grenzen. Nicht Abschottung und Kleinstaaterei, sondern Solidarität und Kooperation sind das Gebot der Stunde. Das gilt besonders für die Europäische Union mit ihrer Verflochtenheit im gemeinsamen Binnenmarkt. Jetzt und in Zukunft sind europäische Solidarität, koordinierte Zusammenarbeit und ein schnelles, zielgenaues Handeln gefordert. Das gilt zuerst bei medizinischer und wirtschaftlicher Hilfe: Europa koordiniert die Beschaffung, Produktion und Verteilung von Impfstoffen und von notwendigen medizinischen Produkten. Nötig ist auch ein umfassender finanzieller Schutzschirm für Europa und den Euroraum. Der Europäische Wiederaufbaufonds muss die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie abmildern und zugleich die sozial-ökologische Transformation unterstützen und digitale Innovationen fördern.

Foto: Ein Corona-Patient aus Frankreich kommt im Bundeswehrkrankenhaus Ulm an. Picture Alliance

GREEN DEAL MIT LEBEN FÜLLEN

Wir wollen Europa nachhaltig und klimaneutral machen. Um das europäische Klimaziel von mindestens 55 Prozent weniger Treibhausgas bis 2030 und Klimaneutralität bis 2050 zu erreichen, braucht die EU eine konsequente Umsetzung des Green Deal. Damit er Realität wird, das Klima und unsere Ressourcen geschützt werden und alle EU-Bürger*innen davon profitieren, sind konkrete Maßnahmen gefordert:

- Die Europäische Energiewende – etwa mit 70 Millionen Solardächern
- Eine nachhaltige Landwirtschaftspolitik – weg von den Flächensubventionen
- Echte Kreislaufwirtschaft – Mehrweg statt Müll
- Die Verkehrswende, mit einem europäischen Nachtzugnetz
- Investitionen in grüne Technologien
- Finanzplatz Europa als Leitmarkt für Nachhaltigkeit

Alle Gesetzes- und Haushaltsvorschläge sollen sich am Klimaschutz orientieren. Klimaschutz soll zum Wachstumsmotor und nicht zum Wettbewerbsnachteil werden. Mit einem Grenzausgleich wollen wir fairen Wettbewerb sicherstellen. Dafür sollen CO_2-intensive Produkte, die aus Regionen außerhalb der EU kommen und in denen es kein vergleichbares Klimaschutzregime gibt, beim Import nach Europa einen dem europäischen Emissionshandel entsprechenden Zusatz-Beitrag leisten.

Foto: Picture Alliance

SOZIALEN ZUSAMMENHALT STÄRKEN

Die Corona-Krise gefährdet viele Arbeitsplätze, Lebensperspektiven und Existenzen. Wir begrüßen, dass es mit dem EU-Programm „Sure“ nun eine Art Arbeitslosenrückversicherung gibt, die Menschen durch diese Krise hilft. Gerade jetzt muss Europa seine soziale Säule stärken. Wir setzen uns ein für:

- Eine EU-Grundsicherungsrichtlinie mit Mindeststandards für die nationalen Grundsicherungssysteme, damit die Menschen vor Armut geschützt sind.
- Eine EU-Mindestlohnrichtlinie, damit alle Menschen von ihrer Arbeit leben können.
- „Gleichen Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“, damit Arbeitnehmer*innen, die bei uns arbeiten, genauso gut bezahlt und abgesichert sind wie ihre deutschen Kolleg*innen. So sollen Ausbeutung verhindert, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit verbessert und die Gender-Lohnlücke zwischen Männern und Frauen geschlossen werden.

DIGITALISIERUNG GESTALTEN

Wir wollen die Poleposition bei Digitalisierung und Innovation erreichen. Mit vereinten Kräften können wir wichtige Zukunftstechnologien wie künstliche Intelligenz, 5G und 6G souverän ausbauen. Im Einklang mit europäischen Werten wollen wir eigene Standards setzen, neue Jobs schaffen und alte sichern. Um so im globalen Wettbewerb zu bestehen, brauchen wir:

- Europaweit offene Daten und hohen Datenschutz
- Schutz vor Desinformation und Hetze
- Eine gute Breitband- und Mobilfunk-Infrastruktur
- Einen umfassenden, hohen Datenschutz
- Digitale Bürgerbeteiligung mit Open Data und E-Government
- Eine bürgerrechtsfreundliche Umsetzung der EU-Urheberrechtsrichtlinie
- Eine Regulierung digitaler Plattformen und ein Verbot der kommerziellen Nutzung privater Daten

Wir setzen uns für eine vielfältige europäische Medienlandschaft und für qualitativ hochwertigen Journalismus ein. Über eine nicht kommerzielle Medienplattform sollen die öffentlich-rechtlichen Sender gemeinsam mit den öffentlich-rechtlichen Angeboten der anderen EU-Mitgliedstaaten eine europäische Öffentlichkeit erreichen.

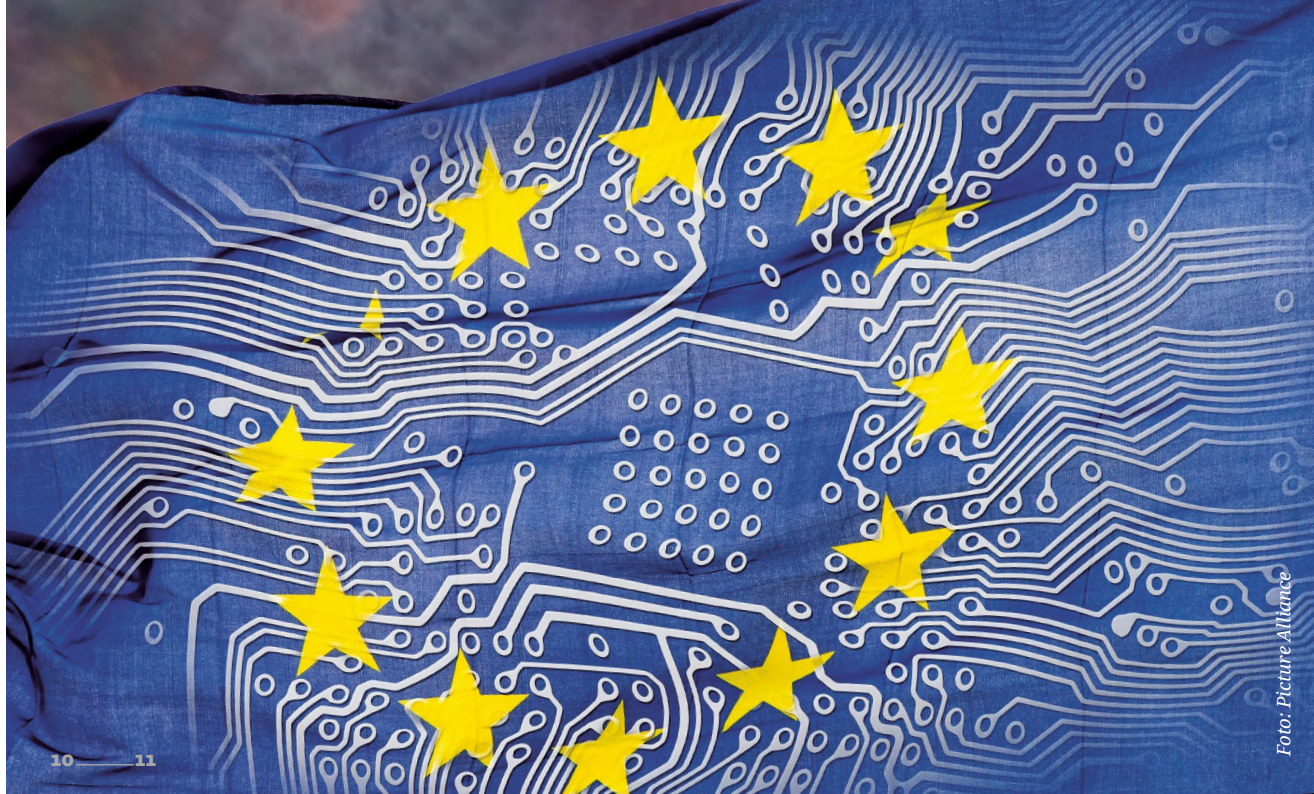

Foto: Picture Alliance

RECHTSSTAAT UND DEMOKRATIE VERTEIDIGEN

Die EU ist ein wichtiger Schutzraum für Rechtsstaat und Demokratie. Europäische Werte sind in den EU-Verträgen, in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union, der Europäischen Menschenrechtskonvention und der Europäischen Sozialcharta niedergelegt. Sie müssen gelebt und nach innen und außen gestärkt werden. Deshalb soll sich die EU starkmachen für mehr Gleichberechtigung und Antidiskriminierung, für die Rechte von Frauen, LSBTIQ* und nationalen Minderheiten sowie gegen Rassismus eintreten.

Für eine starke, wehrhafte Demokratie brauchen wir eine vernetzte europäische Zivilgesellschaft und ein starkes EU-Parlament. Erforderlich sind auch mehr Transparenz im Rat und in der Eurogruppe sowie effektive Informationsrechte für nationale Parlamente.
Eine Europäische Union, die weltpolitikfähig werden möchte, muss auch in ihrer außen- und sicherheitspolitischen Strategie Frieden und Demokratie in Europa und in ihrer Nachbarschaft fördern. Dazu dient auch eine verlässliche EU-Erweiterungspolitik, die vor Ort ein Motor für Stabilität, Aussöhnung, Zukunftsreformen und Demokratie sein kann.

Europäische Unternehmen sollen nach verbindlichen Regelungen ihre sozialen, ökologischen und menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten in den Lieferketten garantieren. Außerdem fordern wir Handelsverträge, die Menschenrechte, Klimaschutz und Entwicklung in den Partnerländern aktiv unterstützen.

Wir dürfen nicht zulassen, dass Regierungen von Mitgliedstaaten der EU, um ihre Macht zu festigen und die Opposition zu unterdrücken, die Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung oder Medienfreiheit beschneiden. Hier müssen die EU-Kommission, das Europäische Parlament und der Rat mit allen Mitteln bis hin zu Sanktionen reagieren. Wo immer in Europa gegen Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte verstoßen wird, sollten solche Verstöße auch geahndet werden. Derzeit gibt es aber nur einen Rechtsstaatsmechanismus light. Nur in sehr begrenzten Fällen können damit EU-Gelder gekürzt werden, wenn Mitgliedstaaten Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit missachten. Der grünen Bundestagsfraktion geht diese Regelung nicht weit genug. Wir wollen, dass solche Regierungen in Zukunft nicht mehr über die Vergabe von EU-Geldern entscheiden dürfen. Diese sollen direkt an Kommunen und Zivilgesellschaft gehen, um die Demokratie vor Ort zu stärken.

Foto: LGBT-Parade „Baltic Pride“ eskortiert von Polizisten in Vilnius, Litauen. Picture Alliance

ASYL- UND FLÜCHTLINGSPOLITIK HUMAN GESTALTEN

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Wir kämpfen für eine solidarische und menschenwürdige europäische Asyl- und Migrationspolitik. Das Sterben an unseren Außengrenzen muss ein Ende haben.

- Deswegen braucht es endlich eine europäisch koordinierte und finanzierte zivile Seenotrettung.
- Wir fordern ein neues Aufnahme- und Verteilsystem von Asylsuchenden in Europa mit offenen und menschenwürdig gestalteten, europäischen Registrierungszentren. Die Durchführung der Asylverfahren erfolgt dann in den Mitgliedstaaten durch deren jeweilige nationale Asylbehörde.
- Für die Länder, die sich freiwillig an der Aufnahme von Schutzsuchenden beteiligen, sollen finanzielle Anreize geschaffen werden. Diese zusätzlichen Gelder sollen aus einem eigenen EU-Fonds stammen. Insbesondere aufnahmebereite Kommunen und Regionen könnten so unabhängig von ihrer jeweiligen nationalen Regierung unterstützt werden.
- Wenn nicht genügend freiwillige Aufnahmeplätze zur Verfügung stehen, muss ein verbindlicher, alle EU-Mitgliedstaaten umfassender Verteilmechanismus greifen.

Foto: Picture Alliance

MUTIG IN EUROPA INVESTIEREN

Foto: Picture Alliance

Die Klimakrise und die Herausforderung des Green Deal verlangen im kommenden Jahrzehnt massive europäische Investitionen. Die Mitgliedstaaten werden sie nicht alleine stemmen können. Es wäre ein Fehler, das in der Corona-Krise geschaffene Wiederaufbauinstrument nicht weiterzuentwickeln. In diesem Fall wäre die EU auch auf die nächste Finanzkrise und die Klimakrise schlecht vorbereitet. Wir wollen deswegen einen Zukunfts- und Stabilisierungsfonds, um die notwendigen großen Investitionen für die Bekämpfung der Klimakrise bereitzustellen. Er soll in Krisenzeiten den besonders betroffenen Ländern stabilisierend Unterstützung bieten. Dieser Fonds sollte im Rahmen der EU-Verträge unter voller parlamentarischer Kontrolle des Europäischen Parlaments gegründet werden. Entscheidungen über die Vergabe der Mittel sollen stets mit Mehrheit getroffen werden.

Darüber hinaus wollen wir Grüne im Bundestag den bestehenden EU-Haushalt reformieren und im Sinne europäischer Ziele stärken. Der EU-Haushalt und neue EU-Fonds erfordern, dass die EU über neue, eigene Einnahmen verfügt. Neben den Einnahmen aus dem Emissionshandel wollen wir dazu in den kommenden Jahren eine Abgabe auf Plastik, einen Grenzsteuerausgleich und eine Digitalkonzernsteuer einführen. Außerdem braucht Europa einen Steuerpakt, der ungerechtes Steuerdumping und Steuerhinterziehung beendet.

EUROPA BESSER MACHEN

Wir wollen:

- ***EUROPA NACHHALTIG UND KLIMANEUTRAL MACHEN.***
  Der Green Deal ist unsere Chance, die Wirtschaft sozial-ökologisch zu gestalten, damit die EU bis 2050 klimaneutral und Vorreiterin im Kampf gegen die Klimakrise wird. Das geht nur mit ambitionierten, verbindlichen Zielen bei Erneuerbaren, Emissionsminderung und Energieeinsparung sowie mit hohen Umweltstandards.

- ***DEN ZUSAMMENHALT IN DER UNION STÄRKEN.***
  Dazu gehören ein EU-weiter Rahmen für Mindestsicherung und Mindestlöhne, eine Arbeitslosenrückversicherung und die Verpflichtung auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort.

- ***DIE POLEPOSITION BEI DIGITALISIERUNG UND INNOVATION ERREICHEN.***
  Mit gemeinsamen Standards und Investitionen in Forschung wollen wir die Digitalisierung gestalten. Für einen gemeinsamen und eigenständigen Weg, der die technologische Souveränität Europas bewahrt und europäische Werte wie Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Diskriminierungsfreiheit und Nachhaltigkeit ins Zentrum stellt.

- ***RECHTSSTAAT, DEMOKRATIE UND MENSCHENRECHTE VERTEIDIGEN.***
  Nach innen durch ein starkes EU-Parlament, mehr Transparenz, mehr Bürgerbeteiligung und einen klaren Rechtsstaatsmechanismus. Nach außen durch eine präventive, verantwortungsvolle Außen-, Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik, eine faire, gerechte Handelspolitik und eine solidarische Asyl- und Flüchtlingspolitik.

- ***MUTIG IN EUROPA INVESTIEREN, DIE EUROZONE STÄRKEN.***
  Ein starkes Europa braucht einen starken Haushalt. Deshalb fordern wir mehr Geld für mehr Aufgaben, die wir nur auf europäischer Ebene gemeinsam lösen können. Wir wollen Steuertransparenz und -gerechtigkeit erhöhen, die Wirtschafts- und Währungsunion sowie die Bankenunion vollenden.

***Packen* wir es *an*. *Für ein* starkes Europa.**

NOCH FRAGEN?

ZUM WEITERLESEN:

- gruene-bundestag.de » Themen » Europa
- gruene-bundestag.de » Newsletter » Internationale Politik und Menschenrechte

BUNDESTAGSDRUCKSACHEN:

19/24433 Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU fair gestalten und Ausbeutung stoppen (Antrag)

19/18713 Entschieden europäisch handeln gegen die Corona-Pandemie (Antrag)

19/7436 Für wehrhafte Demokratien in Europa – Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte in den Mitgliedsländern der EU stärken (Antrag)

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion

Arbeitskreis 4: Internationale Politik und Menschenrechte

TEL 030 227 56789
FAX 030 227 56552
info@gruene-bundestag.de

Diese Veröffentlichung informiert über unsere parlamentarische Arbeit im Deutschen Bundestag. Sie darf im Wahlkampf nicht als Wahlwerbung verwendet werden.

Impressum: Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Gestaltung: Jakina U. Wesselmann, Stand: März 2021